

Schweiz

Tages-Anzeiger vom 15.10.2004

Neun Anzeigen gegen anonymes Inserat

«Muslime bald in der Mehrheit»? Und: «Prägen bald Muslime unsere Frauenpolitik?» Mit solchen Suggestivfragen und untermauernden Pseudostatistiken hat ein anonymes Komitee «gegen Masseneinbürgerungen» gegen die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern Stimmung gemacht. Gegen seine Inserate sind in Bern und Zürich mindestens neun Strafanzeigen von Privatpersonen und Organisationen deponiert worden - wegen Verletzung der Antirassismus-Strafnorm.

Auf Anfrage eines Zürcher Kollegen hat sich der Berner Untersuchungsrichter Hermann Wenger bereit erklärt, die Abklärung des beanstandeten Offizialdelikts der Bezirksanwaltschaft I für den Kanton Zürich zu überlassen. Dort ist Untersuchungsrichter Hans Maurer gewillt, die heikle Materie anzupacken: «Die Strafuntersuchung läuft.»

Sie richte sich gegen die namentlich nicht bekannten Mitglieder des anonymen Komitees und gegen den Zürcher SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, der für das Inserat seine Postfachadresse und sein Postcheckkonto zur Verfügung gestellt hatte. Laut Maurer zielt das Verfahren jedoch nicht gegen den «Tages-Anzeiger» und andere Zeitungen, die das Inserat veröffentlicht haben. Zumindest eine Strafanzeige ist jedoch ausdrücklich auch gegen «die Verantwortlichen dieser Zeitungen» gerichtet. Sie stammt vom Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten (FIMM), dem Dachverband der Organisationen von über 50 Nationalitäten in der Schweiz. Es sieht seine muslimischen Mitglieder «persönlich verunglimpft» und möchte mit seiner Anzeige erreichen, dass alle involvierten Zeitungen eine Entschuldigung in der Grösse der publizierten Inserate veröffentlichen müssen. Es behält sich auch vor, eine symbolische Entschädigung von 10 Franken pro ausländischen Einwohner einzufordern: Das ergäbe fast 15 Millionen Franken, die das FIMM für Integrationsbemühungen einsetzen würde. (bvr)